

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

Stuttgart hat in der Vergangenheit vieles getan und erreicht, was die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger verbessert hat. Stuttgart ist offener und trotz aller schwäbischer Bescheidenheit internationaler, „weltoffener“ geworden.

Dennoch gibt es vieles, was die Stadt Stuttgart verändern muss, was sie noch lebenswerter und noch attraktiver für Bürgerinnen und Bürger macht, insbesondere für diejenigen, die in die Großstadt zurückziehen wollen.

Liberaler Kommunalpolitik will mit ihren Ansätzen, Grundüberzeugungen und liberalen Rahmenbedingungen ihren Beitrag leisten, damit Stuttgart die Stadt mit Herz Charme und Flair wird und ein attraktiver Standort für Firmenansiedlungen bleibt.

Neben den klassischen Faktoren, Neuansiedlung von Firmen, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Schaffung und Erhalt familienfreundlichen Wohngebieten, gewinnen Faktoren, wie z.B. gute Schulen, attraktives Kulturangebot, ein bequemer öffentlicher Nahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger zunehmend mehr an Bedeutung.

Diese auch als weiche Standortfaktoren genannten Aspekte sind ebenfalls wesentliche Rahmenbedingungen für eine attraktive und erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Stadt Stuttgart.

Ziel liberaler Kommunalpolitik ist, alle die Maßnahmen zu fördern, zu unterstützen, zu initiieren, die für Bürgerinnen und Bürger einen Zuwachs an Lebensqualität bedeuten.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass dies vor dem Hintergrund angespannter Finanzen in den Kommunen nur gelingen kann durch Prioritätensetzung und durch Überzeugungsarbeit.

Liberaler Kommunalpolitik wird erfolgreich sein, wenn es uns gelingt „Freiräume“ für eigenverantwortliches Handeln zu schaffen.

Ihre Kandidatinnen und
Kandidaten der Stuttgarter FDP

1. Liberale Gesellschaftspolitik

Die liberalen Grundsätze:

Liberale Kommunalpolitik macht sich zur Aufgabe, möglichst große Gestaltungsräume für diejenigen zu schaffen, die ihr Leben und ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen können und wollen. Sie fördert Eigeninitiativen von Kindern und Jugendlichen bei der Suche nach ihrem künftigen Standort in der Gesellschaft; sie unterstützt die Vorstellungen älterer Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung eines Umfeldes für ein Leben in Eigenständigkeit. Liberale Kommunalpolitik fördert Wege in die Selbständigkeit und Vorstellungen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gemeinschaft ehrenamtlich engagieren wollen.

Liberale Kommunalpolitik zeichnet sich auch durch mehr Bürgernähe der Verwaltungen aus; wir begrüßen und unterstützen Initiativen, die vor Ort Einfluss auf die kommunalen Verwaltungen nehmen, um so mehr Bürgernähe in unterschiedlichsten Formen zu praktizieren.

Es ist aber auch liberale Kommunalpolitik, dass die Allgemeinheit diejenigen unterstützt, die wegen ihrer Lebensumstände Hilfe brauchen, um in unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Liberale Gesellschaftspolitik berücksichtigt die demografische Entwicklung, die Veränderung der Alterspyramide mit neuen Schwerpunkten bei der Zahl von Bürgerinnen und Bürgern von mehr als 60 Jahren. Hier gilt es, für die absehbaren Veränderungen in den Kommunen Konzepte im sozialen, gesundheitlichen, infrastrukturellen und freizeithlichen Bereich zu entwickeln und umzusetzen.

Der liberale Weg:

Für Kinder und Jugendliche:

- Die freie Entfaltung von Kindern und Jugendlichen soll nach deren Neigungen und Möglichkeiten gefördert und unterstützt, nicht aber durch staatliche und sonstige Regeln gehemmt werden.
- Kinder und Jugendliche brauchen zeitgemäße Entwicklungsangebote in ihrer Kommune durch Grünflächen, Spiel- und Bolzplätze, Jugendhäuser und Einrichtungen in Vereinen. So sollten z.B. neue Spielplätze keine vorgegebenen Spielgeräte haben sondern in ihrer Grundstruktur eher an einen Bauplatz erinnern, auf dem die Kinder und sich austoben können und ihre Kreativität ausleben können.
- Kinder und Jugendliche brauchen Hilfe, wo Familien aus verschiedenen Gründen keinen ausreichenden Halt mehr vermitteln. Schule und Jugendhilfe müssen hier frühzeitig und umfassend zusammenarbeiten.
-

- Insbesondere in den Stadtteilen, die eine hohe Quote Alleinerziehender Elternteile haben, müssen verstärkt Betreuungsangebote für Kinder zur Verfügung gestellt werden.
- Kinder und Jugendliche brauchen besondere Unterstützung, wenn es um Behinderungen geht. Alle öffentlichen Einrichtungen, auch der ÖPNV soll in Stuttgart behindertengerecht zugänglich gemacht werden.. Bei der Unterstützung von Behinderten soll Stuttgart eng mit, Schulen, Kindergärten, Vereine und Behindertenorganisationen zusammenarbeiten.
- Integration heißt in Stuttgart auch insbesondere in Kindergärten und in den Grundschulen Deutschkurse anzubieten. Erfolgreiche Modelle, z.B. Projekte wie die Deutschkurse für ausländische Mütter, die während der Kindergarten und Grundschulzeit deutsch lernen, sollten fortgeführt werden.
- Jugendliche haben Anspruch auf einen Ausbildungsplatz. Wesentliche Voraussetzungen sind vor Ort die unterstützende Begleitung des Mittelstandes, der besonders in Handwerk, Gewerbe, Dienstleistung und Handel Ausbildungsplätze bereitstellt.

Für ältere Bürgerinnen und Bürger:

Wir setzen uns ein für die Schaffung wohnungsnaher Versorgungsnetze (medizinische und pflegerische Betreuung, Waren des täglichen Bedarfs), die älteren Bürgerinnen und Bürgern das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld ermöglicht. Dies bedeutet für Stuttgart eine weitere Stärkung der Stadtviertel ist anzustreben.

Wir unterstützen Maßnahmen für ein auch auf die ältere Generation zugeschnittenes Wohnumfeld mit barrierefreiem Wohnen, neue Formen des betreuten Wohnens, generationsübergreifende Wohnprojekte, und wohnortnahe Begegnungsstätten.

2. Weltoffenes, tolerantes Stuttgart

Die liberalen Grundsätze:

Stuttgart hat mit rund 25% in der Stadt lebenden Ausländern die zweithöchste Quote in ganz Deutschland.

Integration ist die Voraussetzung für das konstruktive Zusammenleben von Ausländern und Deutschen. Sie fordert Toleranz seitens der aufnehmenden Bevölkerung, gleichzeitig ist Integration aber immer auch eine Bringpflicht der Ein- und Zugewanderten. Weltoffenheit ist dabei Aufgabe für alle, die in einer Gemeinde zusammenleben. Manche Ausländer haben zur Buntheit und Vielfalt des kommunalen Zusammenlebens aktiv beigetragen, andere leben fast unbemerkt in unseren Kommunen und bleiben auf die eigene Herkunftskultur fixiert. In Schulen und Kindergärten werden die resultierenden Probleme zuerst und deutlich sichtbar. Wir stehen in Stuttgart vor Herausforderungen, denen sich die Kommunalpolitik ohne ideologische Scheuklappen stellen muss.

Der liberale Weg:

- Die Stuttgarter Liberalen befürworten eine Politik der Toleranz und Ausgewogenheit zwischen den Anliegen und Interessen der einheimischen sowie der zugewanderten Bevölkerung. Die Kommunikation mit Menschen anderer kultureller Prägung verlangt eine besondere interkulturelle Kompetenz – im öffentlichen Dienst ebenso wie in anderen Wirtschaftszweigen.
- Integration, die bis zur Einbürgerung und damit zur gänzlichen rechtlichen Gleichstellung führt, verlangt andererseits auch aktives Bemühen der Zugewanderten. Die FDP tritt in diesem Zusammenhang dafür ein, dass vorhandene Ängste der Bevölkerung ernst genommen, gründlich analysiert und wirkungsvoll angepackt werden. Die FDP erwartet von den Migranten ebenso wie von der aufnehmenden Bevölkerung die Respektierung der jeweils gepflegten Umgangsformen, Sitten und Gebräuche und die Einordnung in die hier geltenden Rechtsnormen. Wir unterstützen grundsätzlich alle Maßnahmen, die der Integration förderlich sind. Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse durch die Migranten hat dabei erste Priorität. Die FDP setzt auf Unterstützung und Eigenleistungen der Migrantensorganisationen, insbesondere bei der Durchführung von Deutschunterricht.

Wir setzen uns für Maßnahmen zur besseren Integration immer noch schlecht integrierter Zugewandener ein, die auch zu Sanktionen führen können, z.B. zum Entzug des Kindergeldes oder Zahlung von Zusatzunterricht, sofern die hier geborenen Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen in Kindergärten bzw. Schulen angemeldet werden.

- Der politische Wille der FDP ist es, ausländische Mitbürger zur politischen Partizipation zu ermutigen. Die bisherige Organisationsform der kommunalen Ausländerbeiräte bildet allerdings den kommunalen Alltag kultureller Minderheiten nicht mehr ab. Die durch Wahl als Vertreter(in) einer Nationalität legitimierte Ausländervertreter konnten immer weniger Interessenvertretung bezüglich kommunaler Alltagsfragen einer Zielgruppe sein. Interessengruppen bilden sich heute eher entlang von kulturellen oder kommunalpolitischen Sachfragen und nicht mehr entlang der nationalen Herkunft. Daher fordern wir eine Änderung der Wahllisten zu den Ausländerbeiräten und eine Weiterentwicklung dieser Gremien zu flexiblen Fachbeiräten für die interkulturelle Begegnung und Integration, die mit dem Gemeinderat über teilnehmende Gemeinderäte eng verbunden sein können.
- Wichtig ist auch die Förderung der Vereine, die ausländische Jugendliche integrieren. Soweit rein national orientierte Sportvereine hier in Konkurrenz mit gemischt-nationalen Vereinen um öffentliche Mittel treten, setzen wir uns für einen fairen Interessenausgleich ein.
- Die religiöse Identität zu behalten, die nationale/kulturelle Herkunft nicht zu vergessen, gleichzeitig sich in das aufnehmende Land voll einzugliedern, um die Lebenschancen wahrnehmen zu können, das sind die Herausforderungen der dritten und vierten Generation unserer ausländischen Mitbürger. Wir wollen sie durch deutschsprachigen Religionsunterricht an staatlichen Schulen

unterstützen. Gleichzeitig sollten die wechselseitige Achtung und den Respekt vor den unterschiedlichen kulturellen Lebensentwürfen einbringen in den Aufbau einer gemeinsamen, interkulturellen, europäischen Zukunft.[^]

3. Die Finanzsituation der Stadt Stuttgart

Nach einer positiven Entwicklung in den Jahren 1998 bis 2000 hat sich die kommunale Finanzlage drastisch verschlechtert. Die Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen sind real zurückgegangen. Anders als von der Bundesregierung bei der Verabschiedung der Steuerreform 2001-2005 prognostiziert, haben die Kommunen deutlich höhere Steuerausfälle hinzunehmen als Bund und Länder, zumal sie aufgrund der Steuerreformgesetzgebung eine deutlich höhere Gewerbesteuerumlage abzuführen hatten

Zugleich ist der Aufwand, den die Kommunen als Sozial- und Jugendhilfeträger zu leisten haben, beträchtlich größer geworden. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschrittes steigt die Zahl der Menschen mit Behinderung, die Eingliederungshilfe benötigen, allein in Baden-Württemberg um jährlich 1.000. Die kommunalen Haushalte werden durch die kontinuierlich steigenden Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, ohne dass den Kommunen hierfür ein Ausgleich durch den Bundesgesetzgeber gewährt worden wäre, zusätzlich belastet. Ähnliches gilt für die Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz, die die Kommunen seit dem Jahr 2003 zusätzlich zu erbringen haben.

Die Investitionskraft Stuttgarts nimmt dramatisch ab. Umsteuern tut not.

Die Stuttgarter Liberalen fordern:

- Die Gewerbesteuer ist im Rahmen einer Neugestaltung der Gemeindefinanzierung so rasch wie möglich abzuschaffen. An ihre Stelle tritt ein auf 12% erhöhter Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer und ein eigenes Hebesatzrecht an der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Diese Ausgestaltung der Gemeindefinanzen bewirkt eine höhere Stabilität der Einnahmen der Kommunen, als sie die konjunkturanfällige Gewerbesteuer leisten konnte. Sie hält das unverzichtbare Band zwischen Kommune und Wirtschaft aufrecht und wird durch das Hebesatzrecht auf Steuern, die sämtliche Bürger und die Wirtschaft betreffen, zu einer größeren Bürgernähe in der kommunalen Entscheidungsfindung beitragen.
- Leistungsgesetze des Bundes aus der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestags, die die Kommunen zu höheren Ausgaben verpflichten, ohne mit einem angemessenen finanziellen Ausgleich versehen zu sein (z.B. die Neuordnung der Eingliederungshilfe für Behinderte oder das Grundsicherungsgesetz), sind als Leistungsgesetz des Bundes auszugestalten. Insbesondere die Eingliederungshilfe für Behinderte, die auch in Zukunft aus medizinischen und demografischen Gründen weiter steigende Leistungen erfordern wird, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht Teil der Sozialhilfe bleiben darf.

- Die kommunale Finanzhoheit ist durch eine Reduzierung von Mischfinanzierungen zu stärken. Überzogene Standards und Vorgaben sind abzuschaffen bzw. zu flexibilisieren.
Um die Kommunen in Zukunft sicher vor finanzieller Überforderung zu schützen, ist im Grundgesetz das Konnexitätsprinzip (das Prinzip „wer Bestellt, zahlt“) zu verankern. Nur so kann sichergestellt werden, dass - wenn den Kommunen vom Bund weitere Aufgaben als Pflichtaufgaben übertragen werden - dies nicht ohne einen vollständigen finanziellen Ausgleich erfolgen kann.
- Das Land ist in der Pflicht, bei der notwendigen Konsolidierung seines Haushalts auch weiterhin von Eingriffen in die kommunalen Finanzmassen abzusehen.

Stuttgart muss auch in den kommenden Jahren große Anstrengungen unternehmen um wieder einen ausreichenden Gestaltungsraum für kommunale Aktivitäten zu erhalten. Die Konsolidierung des städtischen Haushalts wird für Stuttgart in den kommenden Jahren wesentliche Aufgabe sein.

Keine Neuverschuldung

Vorrangiges Ziel muss es sein, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Allein bis 2007 will die Stadt mehr als € 230 Mio. Kredite aufnehmen. Wir halten dies für eine nicht hinnehmbare Belastung zukünftiger Generationen, die dieser Schulden einmal abtragen müssen. Die daraus resultierenden immensen Kapitaldienste - allein im Jahr 2004 muss die Stadt € 41 Mio. nur für Zinsen ausgeben, bis 2007 steigt dieser Betrag auf € 62,1 Mio. an – schränken die politische Handlungsfähigkeit der Kommunalpolitik ein. Wir Liberalen wollen finanzielle Spielräume, um politisch gestalten zu können. Wir wollen nicht unter dem Diktat von Schulden Kommunalpolitik betreiben.

4. KOMMUNALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die liberalen Grundsätze:

Liberaler Wirtschaftspolitik setzt sich für positives Wirtschaftsklima in Stuttgart ein.

Liberaler Kommunalpolitik für ein lebenswertes Stuttgart ist es, die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs zu sichern. Dabei spielt die standortangepasste Raumplanung eine wichtige Rolle, weil großflächige Einzelhandelsbetriebe sich unter Umständen negativ auf die Nahversorgung auswirken können. Mit der Neufassung des Einzelhändlerlasses hat das Wirtschaftsministerium den Kommunen und anderen Entscheidungsträgern aktuelle und praxisorientierte Beurteilungskriterien an die Hand gegeben.

Liberaler kommunaler Wirtschaftspolitik erkennt, dass die Kommune die Arbeitsmarktprobleme nicht durch Schaffung öffentlich bezahlter oder geförderter

Arbeitsplätze lösen kann. Die Wirtschaftskraft ist die Folge der Anstrengungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den privaten Unternehmen. Für Liberale sind öffentlich bezahlte Arbeitsplätze nur sinnvoll für einen kleinen eng umrissenen Personenkreis, der ohne gezielte Hilfen auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen hat. Insbesondere Behinderte und benachteiligte Jugendliche sind auf eine über die Schulausbildung hinausgehende Förderung angewiesen, sollen sie ihren Platz im Arbeitsleben finden.

Liberale sind der festen Überzeugung, dass die Politik immer der schlechtere Wirtschaftler ist, Politik und öffentlicher Verwaltung fällt vielmehr die Aufgabe zu, die Rahmenbedingungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort zu schaffen.

Liberale Wirtschaftspolitik in Stuttgart wird klein- und mittelständische Strukturen fördern, da sich kleine und mittlere Unternehmen als langfristige, zuverlässige Partner bei der Schaffung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen erwiesen haben. Sie sind auch Garant für eine wohnortnahe bequeme Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Waren und Dienstleistungen

Für die Landeshauptstadt Stuttgart ist es ebenfalls von großer Bedeutung für große Weltfirmen (Daimler Chrysler, Bosch, Porsche) als Motor und Aushängeschild für eine positive Wirtschaftsentwicklung zu haben.

(Liberale Wirtschaftspolitik setzt sich in denjenigen Bereichen für kraftvolle und wettbewerbsfähige regionale Strukturen ein, in denen es aus Sicht der einzelnen Kommunen sinnvoll erscheint und somit dem obersten Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung nicht entgegensteht.)

Der liberale Weg:

- Zu den traditionellen Instrumenten der Wirtschaftsförderung gehört die Förderung der Ansiedlung von Betrieben und die Bestandspflege ansässiger Unternehmen.

Die rechtzeitige Planung und Ausweisung von bezahlbaren Gewerbeflächen bleibt eine der wichtigsten kommunalen Erfolgsfaktoren. Dabei sorgt modernes

- Flächenmanagement für einen die Bevorzugung sanierten Industriebrachen schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen.
- Liberale Wirtschaftspolitik vertraut der Eigendynamik der Märkte und Marktteilnehmer. Erfolgreiche Wirtschaftsförderung konzentriert sich deshalb auf die Herstellung maximaler Transparenz zwischen Nachfragern, Vermittlern und Anbietern von Gewerbeflächen. Dabei gilt der Leitgedanke des Vorrangs der privaten vor der kommunalen Initiative.
- Liberale Wirtschaftsförderung fördert nicht nur die Ansiedlung neuer Betriebe, sie begleitet diesen Prozess auch nach der Ansiedlungsentscheidung. Sie dient sowohl dem ansiedlungswilligen als auch dem bestehenden Betrieb als Wegweiser und Vermittler insbesondere in Genehmigungsfragen, aber auch in allen anderen Fragen behördlicher Natur.

- Handel und Gewerbe müssen weiterhin für alle Verkehrsarten erreichbar bleiben. Pulsierendes Leben in den Innenstädten ist wichtig für das Wirtschaftsleben unserer Region Stuttgart. Moderne Liberale Wirtschaftspolitik setzt deshalb auf die Stärkung der Funktionen der Innenstädte.
- Der Rückzug der Kommunen aus eigenen Wirtschaftsbeteiligungen stärkt den privaten Wirtschaftssektor. Liberale Wirtschaftspolitik wird deshalb die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen weiter zurückdrängen und nicht-hoheitliche Aufgaben und Dienstleistungen wieder auf Private übertragen. Wir wollen das Gemeindefinanzierungsrecht so ändern, dass der Privatwirtschaft eindeutig Vorrang vor der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen gegeben wird. Nur wenn den privaten Unternehmen ein Unterlassungsanspruch gegenüber den Gemeinden eingeräumt wird, der auf dem Klageweg durchsetzbar ist, kann der Vorrang der privatwirtschaftlichen Leistungserfüllung wirksam durchgesetzt werden. Liberale akzeptieren nicht, dass beispielsweise Stadtwerke ihre Tätigkeit auf die Gebäudetechnik ausdehnen oder kommunale Bauhöfe Reparaturarbeiten anbieten. Dies ist eine Aufgabe der Privatwirtschaft. Dem Phänomen von Scheinprivatisierungen im Sinne unechter Privatisierungen, insbesondere in der Form sog. kommunaler Regiebetriebe, tritt Liberale Wirtschaftspolitik entschieden entgegen.
- Der Stärkung des Mittelstands und kleinerer Betriebe dienen neben der Unterstützung durch Beratung gemeinsame Einrichtungen z.B. für Forschung und Entwicklung, Verbände für Ausbildung u.a.

Für Stuttgart heißt dies:

Infrastrukturausbau schafft Arbeitsplätze

- Ein Wirtschaftsstandort ist immer nur so attraktiv, wie er erreicht werden kann. Staus durch fehlende Ausbaustrecken oder Umfahrungsmöglichkeiten lassen Geschäftstermine zum Lotteriespiel werden. Die Ostumfahrung Stuttgart muss endlich realisiert werden. Die direkte Anbindung des Remstales und des Neckartales mit der Filderebene und künftig der Messe kann nur durch eine konsequente und zügige Verwirklichung der Ostumfahrung (B 312) geschehen.

- **Fildermesse rasch verwirklichen**

Der Neubau der Messe auf den Fildern ist ein wichtiges Signal für den Dienstleistungsstandort Stuttgart. Mit einer optimalen Anbindung an Flughafen, Autobahn und später einmal an das Schienennetz hat dieser Standort alle Vorteile, um sich im Wettbewerb messen und behaupten zu können. Zur Finanzierung schlagen die Stuttgarter Liberalen vor, die von städtischer Seite zu erbringenden Leistungen, die nach oben hin summenmäßig zu begrenzen sind, durch Privatisierungserlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen (z.B. Industriebauhof, Schlossgartengesellschaft, ...) zu erbringen. Ein attraktiver Ausstellungsstandort bildet nicht nur das Tor zur Wirtschaftswelt

für heimische Unternehmen, sondern am neuen Standort entstehen schätzungsweise mehrere tausend Arbeitsplätze auf den Fildern. Gleichzeitig fordern wir die Sicherung der restlichen Freiflächen durch deren Vernetzung und die Renaturierung der Bäche auf den Fildern.

Hierzu zählt auch die mit der Messe zeitgleiche Realisierung des Filderparks und wo immer möglich die Schonung des Landschaftsbildes.

- **Flughafen zeitgemäß weiterentwickeln**

Trotz kurzfristig rückläufiger Passagierzahlen wird schon in naher Zukunft die 10 Millionen-Grenze überschritten werden. Dies verlangt nach einer effizienten Steuerung aller Flugbewegungen großer wie kleiner Maschinen. Zusätzliche Terminals, Fluggastbrücken und sonstige Infrastruktureinrichtungen sind zur weiteren Stärkung des Wettbewerbs des Stuttgarter Flughafens unbedingt notwendig. Ein gut funktionierender Flughafen, eine lückenlose Anbindung an das europäische Flugnetz und die gute Erreichbarkeit des Flughafens (z.B. Verlängerung der Buslinie 65) stellen wichtige Infrastrukturpotentiale für die Wirtschaftsregion. Um die Lärmbelästigung der Bürger in erträglichem Maße zu halten ist das Beibehalten des Nachtflugverbots unabdingbar. Die Stadt Stuttgart als Mehrheitsgesellschafterin des Flughafens hat die finanziellen und über die Region die planerischen Voraussetzungen zu schaffen oder, falls sie dazu nicht in der Lage ist, an eine Privatisierung zu denken, damit der Beschäftigungsmotor Flughafen seine Dynamik beibehalten kann. Übrigens: Man rechnet damit, dass pro 1 Million Fluggäste direkt ca. 1000 Arbeitsplätze und mittelbar weitere entstehen.

- **Keine Verzögerung beim Projekt „Stuttgart 21“**

Stuttgart 21 ist das Herzstück der künftigen Schieneninfrastruktur, mit dem die Landeshauptstadt in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz erst richtig eingebunden wird. Eine rasche Realisierung schafft auf mehrfache Weise Arbeitsplätze:

- Durch Planung und Bauausführung werden ca. 4.000 Arbeitsplätze geschaffen.
- Durch den Verkehrsknotenpunkt werden viele Dienstleistungen nachgefragt.
- Nur Stuttgart 21 schafft die notwendigen Voraussetzungen, um als zentraler Knotenpunkt im zukünftigen europäischen Schienenverkehr bestehen zu können. Das Projekt bietet darüber hinaus die Jahrhundert-Chance, durch zentrale Baumöglichkeiten den Dienstleistungsstandort Stuttgart zu stärken.

5. SCHLANKE VERWALTUNG IM RATHAUS

Die liberalen Grundsätze:

Liberale vertrauen dem Menschen, seine Angelegenheiten in Eigenverantwortung besser regeln zu können, als es der Staat für ihn kann.

Liberale treten deshalb auch im kommunalen Bereich dafür ein, das staatliche Handeln auf das unbedingt notwendige Maß, auf die Wahrnehmung der Kernaufgaben zu beschränken.

Liberale treten nicht nur für Steuersenkungen in Bund und Land ein. Die Stuttgarter FDP will auch die Steuern-, Gebühren- und Abgabenbelastung in unserer Stadt begrenzen und damit Investitions- und Handlungsspielraum für Bürger und Wirtschaft gewinnen.

Der liberale Weg:

Im Zusammenleben vor Ort setzt die FDP auf mehr Selbstverantwortung. Eigenverantwortung und gelebte Solidarität der Bürgerinnen und Bürger sind die Grundlage für das Zusammenleben auch in einer Großstadt wie Stuttgart. Wir treten deshalb für alle die ein, die sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft einsetzen und die Aufgaben nicht auf die Stadt abwälzen, sondern selbst aktiv werden:

- Freiwilliges Engagement im Sport ebenso wie im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich muss gefördert werden.
- Die Stadt muss in Zeiten knapper Kassen künftig mehr auf das Subsidiaritätsprinzip achten: Statt eigenes Personal einzusetzen, soll die Verwaltung bürgerschaftliche Initiativen initiieren und unterstützen.
- "Schlanke Verwaltung" ist für Liberale effektive Verwaltung. Die Beschränkung der Verwaltung auf ihre Kernaufgaben lässt den Menschen den finanziellen und persönlichen Spielraum, den sie zur Gestaltung ihres Lebens brauchen. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, auch in der Stadt Stuttgart die Verwaltung auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.
- Schlanke Verwaltung erfordert im ersten Schritt eine umfassende Aufgabenkritik mit dem Ziel einer Konzentration auf die wirklich notwendigen Aufgaben. Der Staat darf nicht alles machen – er soll nur die Freiheit des Einzelnen sichern. Aufgaben, die von Privaten erledigt werden können, sollen auch von Privaten erledigt werden.
- Schlanke Verwaltung erfordert im zweiten Schritt eine umfassende Deregulierung. Überflüssige Satzungen, Verwaltungsvorschriften und Erlasse machen das Leben für Bürger und Stadtverwaltung schwerer.
- Schlanke Verwaltung erfordert in einem dritten Schritt eine konsequente Entbürokratisierung. Wenn weniger Aufgaben effektiver wahrgenommen werden kommt die Stadtverwaltung mit weniger Personal aus.

Im Einzelnen fordern die Liberalen für Stuttgart:

- Die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Stadt kostet die Bürger Geld – sei es als Gebühren, Abgaben oder Steuern. Deshalb gehören alle städtischen

Aufgaben auf den Prüfstand. Für überflüssige Aufgaben darf man dem Bürger kein Geld aus der Tasche ziehen!

- Aufgaben, die wirtschaftlicher oder mindestens ebenso gut von privaten Anbietern übernommen werden können, sollen auch von Privaten erledigt werden. Dabei hat die echte Privatisierung Vorrang vor rein formaler Privatisierung wie Überführung kommunaler Einrichtungen in privatrechtliche Betriebsformen, bei der Eigentümer die Kommune bleibt. Für die verbleibenden kommunalen Unternehmen sind in regelmäßigen Abständen Wirtschaftlichkeitsberichte zu erstellen, damit Effizienz und Rentabilität ständig beurteilt werden können. Außerdem sind Quersubventionen transparent zu machen und offen zu legen.
- Die als Kernaufgaben der kommunalen Verwaltung erkannten Bereiche sind konsequent auf Leistungs- und Qualitätsziele auszurichten und haben sich laufenden Kosten- und Qualitätskontrollen zu unterziehen.
- Die schlanke Verwaltung regelt ihre Arbeitsabläufe einfach und effektiv. Satzungen, Verwaltungsvorschriften und Erlasse werden auf das unbedingt notwendige Maß reduziert. Verfallsdaten sorgen dafür, dass eine regelmäßige Überprüfung des Normenbestandes stattfindet.
- Die schlanke Verwaltung delegiert die interne Entscheidungs- und Budgetverantwortung von oben nach unten. Deshalb bedürfen vor allem die ausufernden Stabsstellen des Oberbürgermeisters einer kritischen Überprüfung. Viele Häuptlinge und wenige Indianer haben noch keinen Stamm satt gemacht.
- Die Stuttgarter FDP tritt für die schlanke, bürgernahe Verwaltung ein. Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie muss sich stets an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger als Kunden der Verwaltung orientieren.
- Die schlanke, bürgernahe Verwaltung lässt sich mit weniger Personal verwirklichen, aber nur mit motiviertem Personal. Gute Leistungen für die Bürger müssen auch angemessen bezahlt werden. Das durch Personaleinsparungen freiwerdende Geld soll auch für eine leistungsgerechte Entlohnung der verbleibenden städtischen Beamten und Angestellten eingesetzt werden.
- Leistungsprämien in der bürgernahen Verwaltung werden nicht für Wohlverhalten gegenüber Vorgesetzten, sondern für Service am Bürger gezahlt. Deshalb wird die Zufriedenheit der Bürger als Kunden der verschiedenen Verwaltungen durch Fragebögen ermittelt und die Leistungsprämien aufgrund der Ergebnisse in der Stadtverwaltung verteilt.

6. UMWELT und VERKEHR

Die liberalen Grundsätze:

Der Erhalt einer lebenswerten Umwelt bleibt eine Selbstverpflichtung liberaler Kommunalpolitik. Sie handelt nach dem Grundsatz des nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen und fühlt sich verpflichtet, die Handlungsfreiheit auch der zukünftigen Generationen zu erhalten. Neue Maßnahmen und Technologien sind nicht nur auf ihre ökologische, sondern auch auf ihre ökonomische Effizienz zu überprüfen. Ökologisch orientierte Marktwirtschaft ist kein Vorwand für Zukunftsverweigerung und Technikfeindlichkeit, sondern schafft neben dem Nutzen für die Umwelt neue Arbeitsplätze und ist ein internationaler Wettbewerbsvorteil.

Wir setzen uns für die wirtschaftliche Weiterentwicklung von Stuttgart ein, aber auch für den Erhalt der Umwelt- und Lebensqualität. Diese Herausforderung kann nur über ein Abkoppeln des Flächenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum gelingen.

Mobilität ist ein unverzichtbares Freiheitsrecht für mündige Bürger, sie ist zugleich aber auch eine unabdingbare Grundlage für Beschäftigung und Wachstum. Konsequente Anwendung neuer Technologien und problembewusste Verkehrsplanung können und müssen dazu beitragen, das Spannungsverhältnis zwischen Mobilitätsbedürfnis und Umweltbelastung zu entschärfen. Dies gilt gleichermaßen für den Wirtschaftsverkehr wie auch für den Individualverkehr. Liberale Kommunalpolitik kennt die zunehmende Belastung vieler Bürgerinnen und Bürger durch steigende Verkehrsdichte; sie tritt ein für ortskernentlastende Umgehungsstrassen und für einen bezahlbaren, kundengerechten öffentlichen Personennahverkehr.

Der liberale Weg:

Die flächendeckende Umsetzung der "Lokalen Agenda 21" im Sinne der UN-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 bleibt das erklärte Ziel liberaler Kommunalpolitik. Jeder Kommune kommt die Aufgabe zu, auf ihrer Gemarkung den Weg zu einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Entwicklung in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlich verantwortlichen Gruppierungen zu moderieren und zu begleiten.

Für Stuttgart bedeutet dies:

- Der Bedarf an Flächen für Gewerbebetriebe und Wohnbebauung ist vorrangig durch Flächenrecycling zu decken. Das Recycling von Brachen muss Vorrang haben. Der Neuverbrauch von Landschaft muss sich am unumgänglich notwendigen Bedarf orientieren und grundsätzlich reduziert werden. In Stuttgart sollen die sanierten Altbrachen einer neuen Nutzung zugeführt werden. Insbesondere ist daran gedacht auf diesen innerstädtischen Flächen ein für Familien attraktives und bezahlbares Wohnen in der Stadt zu ermöglichen. Die Infrastruktur ist bereits vorhanden.

- Fassaden- und Dachbegrünung sind zu fördern. Sie tragen dazu bei das Wohnumfeld und das Kleinklima zu verbessern. Sie sind ein Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität für alle.
- Bei der Reduzierung des Energieverbrauchs hat Stuttgart eine Vorbildfunktion. Gerade bei Altbauten besteht ein erhebliches Einsparpotential durch nachträgliche Wärmedämmung. Diese Sanierungsmaßnahmen stützen zugleich die örtlichen Handwerksbetriebe. Besonders gelungene Beispiele sollen ausgezeichnet werden. Trotz leerer Kassen kann Energieeinsparung bei öffentlichen Gebäuden u.a. durch Energiecontractingmodelle vorangetrieben werden.
- Eine integrierte Gesamtverkehrsplanung muss versuchen, die Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit zu verkürzen, bzw. Wohnen und Arbeiten soll wieder zusammengeführt werden. Diese Zusammenführung hätte den angenehmen Nebeneffekt, dass die Quartiere an Leben gewinnen und damit die Attraktivität Stuttgarts steigern. Der öffentliche Nahverkehr muss regional vernetzt werden. Im Großraum Stuttgart sollten weitere tangential Buslinien eingerichtet werden, die das sternförmige U-Bahnnetz vervollständigen. Der Anteil des umweltfreundlichen Verkehrs kann und muss erhöht werden, beispielsweise durch flächenhafte Verkehrsberuhigung regionale Radwegenetze sowie die Verflüssigung des Verkehrs durch den Umbau von Ampelkreuzungen in Kreisverkehre.
- Die Maßnahmen zur Regelung des Individualverkehrs dürfen sich nicht vom Gedanken des Strafcharakters leiten lassen: Liberale Verkehrspolitik setzt sich für elektronische Verkehrs- und Parkleitsysteme, Konzentration von Geschwindigkeitskontrollen auf Gefahrenschwerpunkte. Lichtung des Schilderwaldes, Ausweitung des Grünen Pfeils und nächtliches Abstellen von Ampeln ein.
- Liberale Umweltpolitik setzt nicht in erster Linie auf Verbote und Sanktionen, sondern auf Überzeugung der Bürger durch Information und Vorbildfunktion. Regenerative Energien wie Photovoltaik, Solar-, Wasser- und Windenergie, Biomasse, Biothermie und Nutzung der Erdwärme sind zu unterstützen. Sowohl die kommunale wie die private Ebene sind aufgefordert aktiv zu werden. Besonders gelungene Beispiele sind ebenfalls auszuzeichnen.
- Kommunale Umweltpolitik versteht die Aufgabe von Behörden als vorrangig ökologische Dienstleistung. Hierzu gehören beispielhaft benutzerfreundliche Öffnungszeiten von Bauhöfen oder Recyclingcentern.

7. Öffentliche Sicherheit vor Ort

Die liberalen Grundsätze:

Liberale Grundsätze in der öffentlichen Sicherheit bedeuten, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich überall sicher fühlen sollen. Sicherheit in der Wohnung, im Wohnumfeld, auf den Straßen, an Haltestellen, auf Bahnhöfen,

in Parks und am Arbeitsplatz: dies zu gewährleisten, zählt zu den herausragenden liberalen Zielen.

Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihrer Stadt nicht sicher fühlen, werden sich auch nicht mit ihrer Stadt identifizieren. Gewerbetreibende werden nicht in eine Stadt investieren, in der Sicherheitsmängel und eine hohe Kriminalitätsrate bestehen.

Der liberale Weg:

- Eine verlässliche Polizeipräsenz auf den Straßen, an Bahnhöfen oder im Umfeld von Betrieben ist notwendig, reicht aber allein nicht aus. Liberale setzen auch auf die aufmerksamen Mitbürger, die sich kümmern.
- Offene Jugendarbeit vor Ort ist ein wesentliches Mittel der Kriminalprävention; gute Jugendpolitik in einer Gemeinde und bewährte Jugendarbeit in Vereinen sind wesentliche Schritte zur Vermeidung von Kriminalität.
- Offene Zusammenarbeit mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, insbesondere mit ausländischen Jugendlichen ist ein weiterer Schritt in der Kriminalprävention.
- Liberale Drogenpolitik besteht einerseits in konsequenter Bekämpfung der Drogenszene und insbesondere unnachsichtiger Strafverfolgung der Dealer, aber auch in der Hilfe für Schwerstabhängige, um die Beschaffungskriminalität zurückzudrängen.
- Aber davor muss die Prävention ansetzen. Kinder dürfen nicht allein gelassen werden. Das ist Aufgabe der Familie – die Schule kann das alleine nicht richten. Aber es ist auch die Aufgabe des Umfelds, der Verwandtschaft, der Nachbarn, von uns allen. Eingreifen statt wegsehen. Und helfen.
- Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass Videoüberwachungen kein adäquates Mittel zur Bekämpfung der Kriminalität sind. Dort, wo sie eingesetzt wurden, kam es lediglich zu einer Verlagerung der Brennpunkte. Da der Nutzen in keinem Verhältnis zu dem Eingriff in die Bürgerrechte der Menschen steht, lehnen die Liberalen den weiteren Einsatz der Videoüberwachung ab.

8. Sozialpolitik

Liberale Grundsätze

Aufgrund der bestehenden Rechtslage sind die Kommunen verpflichtet die Sozialhilfe auszuführen. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre haben den Kommunen erheblich steigende Sozialhilfekosten beschert. Da nicht im gleichen Umfang Mittel zur Finanzierung zur Verfügung gestellt wurden, sind die Aufwendungen für die Sozialhilfe für Kommunen erdrückend.

Dennoch brauchen Menschen in Not und Behinderte unsere Unterstützung.

Präventionsmaßnahmen sollen vorrangig gefördert und unterstützt werden, 1.-€ Aufwendung für Präventionsmaßnahmen spart später ca. 100.-€ Mitteleinsatz. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Bemühungen z.B. um eine intensive Frühförderung von Kindern in Kindergärten und Vorschulen besonders wichtig.

Ziel liberaler Sozialpolitik muss sein, dass die Bürger und Bürgerinnen nicht auf die Rolle passiver Hilfeempfänger beschränkt sind, sondern in ihren eigenen Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden getreu dem bewährten Motto, dass Hilfe zur Selbsthilfe langfristig die beste Hilfe darstellt. Damit wird auch deutlich, dass liberale Sozialpolitik einen Schwerpunkt darin sieht, benachteiligten Menschen bei ihren Bemühungen um ein selbst bestimmtes Leben zu unterstützen. Dies bedeutet z. B. dass städtische Aktivitäten, wie sie in Stuttgart in den vergangenen Jahren beispielhaft aufgebaut wurden fortgeführt werden sollen.

Mittel- und langfristig ist der erfolgreiche und dauerhafte Berufseinstieg und Hilfe zur Selbsthilfe für diese Bürger die erfolgreichste Sozialpolitik.

Der liberale Weg in Stuttgart

- Intensivierung und Ausweitung des Projekts Hilfeplanung in der Sozialhilfe soll ausgebaut werden. Das Modellprojekt, in dem nicht nur Sozialhilfe verteilt wird, sondern in einer ausführlichen Beratung herausgefunden wird, ob durch zusätzliche Hilfen (bzw. Förderung) der Weg in die Eigenständigkeit rascher gelingt. (Bei einigen Fällen war die Unterstützung zum erfolgreichen Finden eines Ganztagsplatzes für Kinder bereits ausreichend, dass die Mütter wieder arbeiten gehen konnten. Das Modell lässt den Schluss zu, dass durch solche intensiven die Menschen begleitenden Maßnahmen mehr Sozialhilfeempfänger in die Eigenständigkeit gelangen können.
- Entwicklung neuer Strukturen: hin zu Unterstützungs- und Assistenzstrukturen: Die Betroffenen „kaufen“ die Dienstleistungen ein, die sie für ihr Leben brauchen, d.h. die Betroffenen entscheiden über die Leistungen, die sie in Anspruch nehmen wollen bzw. die sie für ein eigenständiges Leben in Anspruch nehmen müssen. In der Umsetzung bedeutet dies, dass im sozialen Bereich sich im Laufe der Zeit neue Strukturen entwickeln.
- Langfristig bedeutet dies: Abkehr von institutionellen Einrichtungen. Hinter diesem Schlagwort steckt die Erkenntnis, dass Menschen mit Behinderungen –ausgenommen schwere Fälle – in einer häuslichen Umgebung mit einer höheren Lebensqualität leben können. In aller Regel nehmen sie dort auch weniger Unterstützung in Anspruch und sie können ihre Selbständigkeit sich länger bewahren.
- Der Bildungsauftrag in Tageseinrichtungen muss intensiviert werden. Einer der Schwerpunkte ist die Sprachförderung bei allen Kindern. Nachdem in vielen Untersuchungen klar herausgearbeitet wurde, dass Kinder im Kindergartenalter enorm lern- und wissbegierig sind, muss diesem Wissenshunger mit entsprechenden Angeboten Rechnung getragen werden.

- Dies hat zwangsläufig zur Folge, dass die Ausbildung der Erzieher/Innen den neuen Anforderungen angepasst werden muss. Fortbildung ist hier das Gebot der Stunde.
- Die Infrastruktur für Ganztageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche muss in Stuttgart weiter ausgebaut werden. Die jetzige Situation der häufigen „Kinderstaddteilverschickung“, die für Familien und die Kinder anstrengend und unnötig zeitaufwendig ist, muss beendet werden.
Wir Liberale sind uns im Klaren darüber, dass diese Einrichtungen einen wesentlichen Beitrag zur Sozialisation von Kindern leisten. Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, dass Eltern in die Erziehung in den Ganztageseinrichtungen mit ihren Vorstellungen und Anregungen eingebunden werden.

9. Kulturpolitik

Die liberalen Grundsätze

Kultur entsteht in den Kommunen; Kultur prägt Kommunen; Kultur ist Ausdruck menschlicher Kreativität. Bürgerliches Engagement steht zunehmend gleichgewichtig neben den staatlichen und städtischen Trägern der kommunalen Kulturpolitik, trägt wesentlich zur Vielfalt ihres kulturellen Angebots bei.

Für uns Liberale ist es ein Stück Lebensqualität diese Vielfalt zu unterstützen und zu fördern.

Kulturpolitik darf deshalb auch in finanziell schweren Zeiten in den kommunalen Haushalten nicht als „Steinbruch“, als beliebige Manövriermasse missbraucht werden. Gerade im Kulturbereich gilt es auch die Möglichkeiten alternativer Finanzierung fortzuentwickeln, neben der Finanzierung durch die öffentliche Hand.

Der liberale Weg

- Kulturförderung ist integraler Bestandteil der Kommunalpolitik. Sie trägt wesentlich zu sozialer Integration bei.
- Bürgerschaftliches Engagement muss auch in diesem Bereich entsprechend unterstützt werden. Kürzungen bei Vereinszuwendungen können so nur letztes Mittel bei Haushaltssanierungen sein.
- Bürokratische Hemmnisse für private Kulturförderung müssen abgebaut werden. Unabhängig davon sind Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit auch der kulturellen Einrichtungen regelmäßig nachzuweisen.
- Die Musikerziehung über Musikschulen muss weiter gewährleistet werden.

Für Stuttgart bedeutet dies:

Als Landeshauptstadt trägt Stuttgart im Bereich der Kultur eine besondere Verantwortung. Dabei muss es aus Sicht der Liberalen ein zentrales Ziel sein, den hohen Rang der kulturellen Einrichtungen unserer Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln –zusammen mit einer lebendigen Stadtteilkultur ist dies Ausdruck einer aktiven Teilhabe der Bürger am kulturellen Leben der Stadt.

Im Bereich der musikalischen Ausbildung ist eine enge Verknüpfung zwischen dem Angebot unserer Musikschule, den Musikvereinen und den künftigen Ganztageseinrichtungen herzustellen. Die Funktionsfähigkeit der Musikschulen muss in jedem Fall erhalten bleiben.

Stuttgart, mit seinen herausragenden Theatern, seinem weltbekannten Ballett, einer erfolgreichen und vielfältigen Musikszene und einer reichen Galerielandschaft muss sich der Bedeutung dieses besonderen Angebots für die Stadt sowie weit über die Stadtgrenzen hinaus bewusst sein.

Diese sog. weichen Standortfaktoren gewinnen bei der Neuansiedlung von Firmen und bei den Zuzugsentscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern vermehrt an Bedeutung.

10. Sport in Stuttgart

Die liberalen Grundsätze

Jeder Dritte in Baden-Württemberg gehört dem organisierten Sport an. Das sind 3,6 Mio. Menschen in 11.000 Sportvereinen, auf Stuttgart bezogen sind das fast 200.000 Menschen in rund 600 Vereinen. Darüber hinaus gibt es viele Menschen, die kommerzielle Angebote nützen oder nicht organisiert Sport treiben. Der Sport gehört deshalb zu den größten Bürgerbewegungen unserer Gesellschaft. Er ist Ausdruck einer liberalen Bürgergesellschaft und ist gekennzeichnet durch freiheitliche Eigenschaften wie Eigeninitiative, Innovationsbereitschaft, Risikobereitschaft und Fairness.

Der liberale Weg:

- Neben der gesundheitlichen Vorsorge ist Sport aber auch ein maßgebliches Wirkungsfeld im Erziehungs- und Bildungsprozess von Kindern und Jugendlichen, insbesondere in der Vermittlung sozialer Werte.
- Sport ist soziales Integrationsfeld für Menschen mit unterschiedlichsten sozialen Ausgangslagen. Ausländische Mitbürgern, ältere Menschen oder Behinderte finden Eingliederungsmöglichkeiten. Vereinzelungserscheinungen in einer zunehmend flexibleren Gesellschaft wird entgegengewirkt.

Engagierte Menschen haben dann auch Anspruch an die Politik in Stadt, Land und dem Bund, entsprechend unterstützt zu werden.

Für Stuttgart bedeutet dies:

- Übrigens: Auf Grund seiner Bedeutung wurde der Sport als Staatsziel in die Die Stadt muss den Willen haben, die entsprechenden materiellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.
- Bund und Land müssen die Stadt mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten
- Die Sportverbände müssen fachlich und personell unterstützt werden, um auch Innovationen im Sportbereich, wie z.B. „Gemeinschaftserlebnis Sport“ oder „Basketball um Mitternacht“ oder „Kindersportschule“ leisten zu können.
- Die Sportverbände müssen im Vorfeld von Gesetzen und Planungen gehört werden.
- Die ehrenamtliche Tätigkeit im Sportbereich muss anerkannt werden.
- Die neu zuschaffenden Ganztagschulen bieten den beteiligten Schulen in Kooperation mit dem Schulträger und den Vereinen besondere Chancen: Wenn die Vereine von den Schulen an der Ganztagsplanung beteiligt werden, kann ein Teil der zusätzlich zur Verfügung stehenden Zeit sinnvoll durch Sport ausgestaltet werden. Den Vereinen bietet sich dann auch die Möglichkeit, Talente zu entdecken und entsprechend zu fördern.
- Sport in Stuttgart ist aber auch verknüpft mit Sportstätten wie Gottlieb-Daimler-Stadion, Hanns-Martin-Schleyer-Halle, dem hiesigen Olympiastützpunkt, aber auch mit einer frei finanzierten Robert-Bosch-Halle. Die Stadt muss ihren Ruf als Sportstadt aktiv fördern und entsprechend vermarkten, um dies auch als „weichen Standortfaktor„ zur Wirkung zu bringen.

11. Bildungspolitik

Die liberalen Grundsätze:

Bildung als Bürgerrecht mit Leben zu erfüllen – für eine freie, selbst bestimmte Gesellschaft ist das eine ihrer Hauptaufgaben. Die Liberalen setzen heute mehr denn je auf den mündigen Bürger. Eine zukunftsweisende Bildungspolitik muss dieses Ziel ansteuern.

Wohlstand braucht Wissen. Jeder soll die Bildungschancen und die Erziehungsangebote eines auf ihn zugeschnittenen Schulsystems bekommen, in der Vielfalt der staatlichen wie der privaten Schulen. Die Liberalen stehen für mehr Bildungschancen für alle; nicht der Geldbeutel, sondern die eigene Leistung soll ausschlaggebend sein.

Der liberale Weg:

Bildung als Bürgerrecht einzulösen setzt die Reformfähigkeit unseres Bildungssystems voraus und das heißt zunächst: Ideen und Konzepte, die den Bildungseinrichtungen eine Handhabe geben ihre Schüler/innen optimal zu fördern. Nach wie vor dringend nötig ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen.

Wir Liberale setzen uns für selbständige Schulen ein, für Schulen, die einen Freiraum zur Profilierung ihres Bildungsangebots und ihrer Erziehungsziele haben. Erkennbar in ihrem Angebot für Schüler und Eltern, selbstverantwortlich

und im fairen Wettbewerb mit anderen Schulen.

Bildungs- und Forschungseinrichtungen zählen heutzutage zu den entscheidenden Standortfaktoren einer Region. Stuttgart und seine Umgebung haben auf diesem Gebiet eine beispielhafte Infrastruktur vorzuweisen. Dieses Potential gilt es zu erhalten und weiter auszubauen.

Private und öffentliche Bildungsinstitute (u.a. die VHS als kommunales Weiterbildungszentrum), Fachhochschulen und Universitäten, aber auch betriebliche Fort- und Ausbildungseinrichtungen müssen qualitativ weiterentwickelt sowie eine Vernetzung der Einrichtungen herbeigeführt werden.

Für Stuttgart bedeutet dies:

Die Stadt muss ihre Schulträgerrolle im bildungspolitischen Reformprozess stärker wahrnehmen, sich konkret die Frage stellen, wie diese Reformen zu finanzieren und so die Tragweite für die Kommune sichtbar machen. Selbständige Schulen schaffen ein attraktives Bildungsangebot in der Landeshauptstadt.

Die Liberalen fördern diesen wichtigen Standortfaktor für Stuttgart.

Neue Ziele brauchen neue Wege, zum Beispiel:

- Modellversuche wie das Ganztagsförderprogramm sollen an möglichst vielen Stuttgarter Schulen realisiert werden.
- Schulraumnutzung und – weiterentwicklung unter den neuen Rahmenbedingungen (Projektunterricht, Einrichtung von Mensen)
Elementar: Die Bausubstanz der Schulen muss den neuen Bedürfnissen angepasst und weiterentwickelt werden. Ganztageseinrichtungen brauchen die dafür notwendigen Räume – Küchen – Mensen – Ruheräume. Zu klären ist, wie diese Räume in die Schulen mit einem geringen Aufwand zu integrieren sind.
- Für die Erwachsenenbildung gilt: Angesichts knapper Kassen muss es für die Stadt eine ganz besondere Verpflichtung sein, die Entwicklung und die Arbeit der VHS Stuttgart als kommunalem Weiterbildungszentrum zu unterstützen und zu fördern.
- Der Kontakt mit den Universitäten und den Hochschulen soll weiter ausgebaut und intensiviert werden.